

## Pressespiegel zur Präsentation des 2. Armuts- und Reichtumsberichts für Österreich am 19.1.2009 in Wien

### Medienberichterstattung:

- § Ö1 Abendjournal vom 19.01.2009 18.00 Uhr - Erster Armuts- und Reichtumsbericht wurde präsentiert
- § „Wiener Zeitung Online“ am 19.1.2009: Lohn reicht nicht zum Leben
- § "Österreich" vom 20.01.2009, Seite: R10, R11: Eine Million von Armut bedroht
- § "Der Standard" vom 20.01.2009, Seite: 12: Sozialstaat kann nicht alle vor Armut beschützen

### Reaktionen:

- § OTS Caritas: Caritas drängt auf Mindestsicherung und Vermögenszuwachssteuer (OTS0197, 19.1.2009)
- § Glocalist Online, 19.1.2009: 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich
- § Karl Öllinger Online, 19.1.2009: Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass Sozialsystem nicht vor Armut schützt
- § OTS AUGE: "Es braucht mehr Mut zu Umverteilung!" (OTS0045, 20.1.2009)
- § OTS Bundesjugendvertretung: Neueste Zahlen bestätigen Handlungsbedarf in der Arbeitsmarktpolitik (OTS0069, 20.1.2009)
- § Bizeps Info Online, 20.1.2009: Königsberger-Ludwig: Armutsfalle Behinderung - Unterstützung für Betroffene
- § AK Kärnten Online, 20.1.2009: Armuts- und Reichtumsbericht zeigt Handlungsbedarf
- § Kathweb Online, 2.2.2009: Michael Landau: "Sozialstaat ist kein Auslaufmodell"

## Ö1 Abendjournal vom 19.01.2009 18.00 Uhr - Erster Armuts- und Reichtumsbericht wurde präsentiert

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) stellte in ihrem Bericht über Armut und Reichtum in Österreich fest, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Die Armutsgefährdungsquote liegt bei fast 13 Prozent, was seit Jahren mehr oder weniger konstant ist. Gestiegen ist hingegen die Zahl der Menschen, die in Haushalten mit hohen Einkommen leben. Durch die Wirtschaftskrise dürfte diese Entwicklung noch beschleunigt werden. Generell ist es so, dass in Krisensituationen jene Menschen verlieren, wo wenig Lösungskompetenz vorhanden ist, so Rudolf Schicker.

## „Wiener Zeitung Online“ am 19.1.2009: Lohn reicht nicht zum Leben

### Österreich: 230.000 sind arm trotz Arbeit

In Österreich leben nach wie vor etwa eine Million Menschen in Haushalten mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze. Dies geht aus dem am Montag veröffentlichten zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung hervor. Steigend ist die Zahl jener Menschen, die trotz eines Jobs armutsgefährdet sind, die sogenannten "working poor": Sie beträgt rund 230.000 (plus zwölf Prozent gegenüber 2003).

Die Armutsgefährdungsquote liegt seit Jahren konstant hoch zwischen zwölf und 13 Prozent, erklärte Politikberater Andreas Höferl bei einer Pressekonferenz in Wien. Armut betrifft vor allem Arbeitslose, kinderreiche Familien, Alleinerzieher und Migranten. Eine Ursache für Armutsgefährdung ist auch der Anstieg atypischer Beschäftigung. Nur noch 57 Prozent der Beschäftigten sind ganzjährig in Vollzeitbeschäftigung. Ebenfalls erheblich seien die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Während rund eine Million Österreicher in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle (893 Euro bei Einpersonenhaushalten) lebt, nahm gleichzeitig aber auch der Reichtum zu. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter, so Höferl. Das Geldvermögen wurde in den letzten zehn Jahren auf fast 2,155 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Davon haben jedoch nur die wenigsten etwas, denn während kleine Einkommen mit neun Prozent nur schwach gestiegen sind, wuchsen sie im obersten Einkommensdrittel um über 40 Prozent. Die Zahl der Reichen und Super-Reichen nahm zu, 70.000 Dollar-Millionäre (plus 17 Prozent gegenüber 2003) gibt es in Österreich.

Einen "maßgeblichen Einfluss" auf die Entwicklung von Armut und Reichtum hat die Steuerpolitik. Im internationalen Vergleich zeige sich, dass Österreich kein "Hochsteuerland" ist. Bei der Vermögensbesteuerung weise es laut Höferl sogar die mit Abstand geringste auf. Dies kritisierte auch Sozialwissenschaftler Emmerich Talos,

der von einer "Schiefelage" im Steueraufkommen sprach: "Menschen mit weniger Einkommen, zahlen die Umverteilung."

Zur Bekämpfung der Armut wären laut Talos neben Maßnahmen in der Steuerpolitik auch mehr Mittel für den Arbeitsmarkt sowie die Einführung von Mindeststandards notwendig. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wäre "unumgänglich". Die Politik hätte aber auch für eine "Verwirklichungschance" - durch Bildung, soziale und öffentliche Dienstleistungen - zu sorgen, so Höferl.

In Wien sei die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die ausschließlich von der Sozialhilfe leben, seit Jahren eine konstante Größe, erklärte Stadtrat Rudolf Schicker (S). Eine Steigerung werde aber ebenfalls bei jenen verzeichnet, die einem Job nachgehen, damit aber kein Auskommen finden. Im Budget 2009 sind für den Sozialbereich 1,6 Milliarden Euro vorgesehen, das seien zehn Prozent des Gesamtbudgets, so Schicker.

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3928&Alias=Wzo&cob=392174&currentpage=0>

## "Österreich" vom 20.01.2009, Seite: R10, R11: Eine Million von Armut bedroht

13 Prozent der Österreicher müssen von 646 Euro im Monat leben. Die Zahl der Millionäre steigt (um 17 %) - gleichzeitig gibt's immer mehr Arme.

"Die Steuerreform wird die Schere zwischen arm und reich vergrößern, wenn nicht gleichzeitig etwas für das untere Einkommensdrittel geschieht", warnt Andreas Höferl, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP). Anlass: Die Präsentation des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der ÖGPP.

Mehr Millionäre. Die Zahl der Menschen in Österreich, die von Armut gefährdet sind, liegt bei einer Million. Das sind etwa 12 bis 13 Prozent der Bevölkerung, die mit einem Einkommen von durchschnittlich 646 Euro im Monat auskommen müssen. Mit plus 12 Prozent auf 230.000 gestiegen ist die Zahl jener, die trotz Arbeit kaum über die Runden kommen. Gleichzeitig stieg die Zahl der in Österreich lebenden Dollar-Millionäre um 17 Prozent auf 70.000 Personen. Während sich die Einkommen im oberen Drittel um 40 Prozent erhöhten, wuchsen sie im unteren Drittel nur um 9 Prozent. Von Armut betroffen sind vor allem Frauen, Zuwanderer und niedrig Qualifizierte.

Mindestsicherung. Höferl, Sozialexperte Emmerich Talos und Wiens Sozialstadtrat Rudolf Schicker (SPÖ) forderten daher die Einführung der Mindestsicherung. Ins selbe Horn stößt auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ). Während jedoch die drei Experten auch Vermögenssteuern fordern, bremst Hundstorfer um des lieben Koalitionsfriedens willen: Vorläufig gebe es keine neuen Steuern.

Reiche gewinnen bei Krise. Dabei haben sich die Geldvermögen laut Bericht in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die Einkommen der Besserverdienenden

stiegen unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung. Sozialstadtrat Schicker: "Auch in der Krise gewinnen jene, die schon reich sind. So kauft etwa jetzt ein Berlusconi billig seine Aktien zurück."(nak)

Bild: Sozialminister Rudolf Hundstorfer will die Mindestsicherung rasch einführen.

Bild: Arbeitslose und Alleinerzieherinnen besonders gefährdet.

Bild: Die Reichen werden reicher, die Armen bleiben zurück.

### "Der Standard" vom 20.01.2009, Seite: 12: Sozialstaat kann nicht alle vor Armut beschützen

Die Schere zwischen armen und reichen Landsleuten geht weiter auf - und zunehmend sind Menschen betroffen, die einen regulären Arbeitsplatz haben, aber mit dem erwirtschafteten Einkommen arm bleiben.

Der österreichische Sozialstaat wäre schon prima - vorausgesetzt, man hat einen gut dotierten und halbwegs sicheren Arbeitsplatz. Diese Einschränkungen macht der Sozialwissenschaftler Emmerich Talos, nachdem er die 156 Seiten des "2. Armuts- und Reichtumsberichts" durchgeblättert hat. Dieser von der Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) erstellte Report belegt, dass es immer mehr sogenannte "working poor", also Arme mit einem Erwerbseinkommen, gibt - bei 230.000 Arbeitnehmern reicht der Lohn nicht zum Leben.

Talos macht dafür die Gewerkschaften zumindest mitverantwortlich, da sich deren Mitgliedschaft vor allem aus männlichen Erwerbstätigen zusammensetzt - und für Männer mit klassischen Erwerbsbiografien sei dann auch die Politik des ÖGB abgestellt. Umverteilungswirkungen fielen demnach eher in den Bereich des staatlichen Wirkens als in den Interessenausgleich von Arbeit und Kapital.

Die Politik aber habe in den letzten Jahren die neuen Entwicklungen verschlafen: "Der Sozialstaat ist nicht armutsfest", sagt Talos. Selbst der Ausgleichszulagenrichtsatz (bei einer Berechnung auf zwölf Monate sind das 827 Euro im Monat) liege unter der errechneten Armutsschwelle von 893 Euro.

In Österreich lebten zuletzt etwa eine Million Menschen in armutsgefährdeten Haushalten. Die Armutsgefährdungsquote ist seit Jahren mit etwa zwölf bis 13 Prozent der Bevölkerung unverändert hoch. Jedoch haben bis zu zwei Millionen Menschen Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen. Armutsgefährdung trifft vor allem Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Menschen mit geringer Bildung, Alleinerzieherinnen, kinderreiche Familien.

Es wächst aber nicht nur die Armut, sondern auch der Reichtum: Die Geldvermögen wurden in Österreich in den letzten zehn Jahren auf fast 2.155 Milliarden Euro mehr als verdoppelt - davon gehört aber nur etwa ein Fünftel (454 Milliarden Euro) privaten Haushalten.

Caritas-Präsident Franz Küberl nannte den Bericht wörtlich ein "Armutszeugnis für Österreich". Das Steuersystem könne hier eine "kräftige Portion mehr Balance" vertragen. Um den Sozialstaat sicher in die Zukunft zu führen, müsse man ernsthaft in Überlegungen zu einer Vermögenszuwachssteuer einsteigen. Als "Gebot der Stunde" bezeichnete Küberl die zügige Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung noch im heurigen Jahr.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer versprach "Anstrengungen, um das 'Gespenst' Armut in Österreich weiter zurückzudrängen". In den Jahren mit SPÖ-Regierungsbeteiligung seien schon viele Maßnahmen gesetzt worden - etwa die mehrfache überproportionale Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes.

### OTS Caritas: Caritas drängt auf Mindestsicherung und Vermögenszuwachssteuer

Utl: Aktueller "Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich" zeigt auf, dass Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht - Caritas-Präsident Küberl: "Armutszeugnis für Österreich" zeigt akuten politischen Handlungsbedarf.

Caritas-Präsident Franz Küberl drängt auf die rasche Einführung der bedarfsorientierte Mindestsicherung und einer Vermögenszuwachssteuer. Diese Schlüsse zieht er aus den am Montag präsentierten Ergebnissen des "Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts für Österreich", den die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) im Auftrag des Sozialministeriums veröffentlichte. Küberl sprach am Montag in einer Presseaussendung wörtlich von einem "Armutszeugnis für Österreich".

Laut dem Bericht (die aktuellen Daten beziehen sich auf das Jahr 2006) ist die Armutsgefährdung in Österreich in den vergangenen Jahren unverändert hoch geblieben. Zugleich haben hohe Einkommen, Vermögen und Reichtum deutlich zugenommen. Die Kluft zwischen Arm und Reich im Land geht daher immer weiter auseinander.

Küberl kritisierte, dass Erträge aus Vermögen nirgendwo so gering besteuert würden wie in Österreich. Das Steuersystem könne hier eine "kräftige Portion mehr Balance" vertragen. Um den heimischen Sozialstaat sicher in die Zukunft zu führen, müsse man ernsthaft in Überlegungen zu einer Vermögenszuwachssteuer einsteigen, forderte Küberl.

Als "Gebot der Stunde" bezeichnete Küberl die zügige Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung noch im heurigen Jahr: "Hier sind Bund und Länder gleichermaßen gefordert. Über die im Regierungsprogramm vorgesehenen Pläne hinaus braucht es auch die Einführung des One-desk-Prinzips, das die Mindestsicherung mit einem Abbau von Sozialbürokratie und einer besseren Arbeitsmarktanbindung für Betroffene verbindet."

### Eine Million Menschen armutsgefährdet

Nach wie vor leben in Österreich etwa eine Million Menschen in Haushalten mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze. Die Armutsgefährdungsquote ist demnach seit Jahren konstant hoch und beträgt zwischen 12 und 13 Prozent der Bevölkerung. 2006 betrug sie 12,6 Prozent. Rund eine halbe Million Menschen sind akut von Armut bedroht. Bis zu zwei Millionen Menschen haben allerdings Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen.

Von Armutsgefährdung betroffen sind weiterhin in besonderer Weise Arbeitslose, Menschen mit prekärer Arbeit oder mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, Migranten und kinderreiche Familien. Insgesamt lebten in Österreich 2006 rund 260.000 Kinder in armutsgefährdeten Haushalten, was eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber 1999 bedeutet. Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären in Österreich sogar 43 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet.

Zu den wichtigsten Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zählen die Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld und die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Österreich jedoch unter der Armutsgefährdungsgrenze, konstatiert der Bericht.

Ähnliche Probleme ergeben sich auch bei den Pensionen. Die Durchschnittspensionen liegen wohl über der Armutsgrenze, Pensionisten-Haushalte weisen dennoch eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Vor allem hinken die Ausgleichszulagenrichtsätze den aktuellen Armutsgrenzen hinterher, sodass Ausgleichszulagenbezieher (zuletzt fast 240.000) in die Armutsgefährdung rutschen.

Schließlich bezogen in Österreich 2006 mehr als 191.000 Menschen Sozialhilfe, was gegenüber 1996 einen starken Anstieg (plus 83.000 oder 77 Prozent) bedeutet, so der Bericht.

### Einfluss der Steuerpolitik

Aus dem Bericht geht auch der deutliche Einfluss der Steuerpolitik auf die Entwicklung von Armut und Reichtum in Österreich hervor. Die Steuereinnahmen aus Erwerbsarbeit und Einkommensverwendung sind demnach seit 2004 stärker – um zusammen rund sieben Milliarden Euro - gestiegen als Steuern auf Vermögen bzw. Vermögenseinkommen. Hier betrug die Steigerung nur 200 Millionen Euro. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Österreich kein Hochsteuerland ist, die Vermögensbesteuerung ist sogar die geringste unter allen OECD-Ländern.

In den vergangenen Jahren hat laut dem Bericht in Österreich der Reichtum deutlich zugenommen. Die Zahl von Erwerbstätigen mit hohen und sehr hohen Einkommen ist seit dem ersten Bericht (2004) deutlich um rund 52 Prozent auf 570.530 Personen gestiegen. Rund 700.000 Menschen (oder acht Prozent der Bevölkerung) leben in Österreich in Haushalten mit hohen Einkommen.

Auch die Zahl der Reichen und "Super-Reichen" hat laut den Angaben der ÖGPP weiter zugenommen: In Österreich gibt es mittlerweile mehr als 70.000 Dollar-Millionäre

(plus 10.000 bzw. 17 Prozent gegenüber 2003). Ebenso hat die Zahl der Privatstiftungen deutlich zugenommen.

Die Geldvermögen wurden in Österreich in den Jahren 1996 bis 2006 auf fast 2.155 Milliarden Euro mehr als verdoppelt, wobei das Wachstum bei Finanzwirtschaft und Wirtschaft doppelt so stark war als bei privaten Haushalten und Organisationen. Zählt man die Sachvermögen auch noch hinzu, errechnet der Bericht sogar eine Steigerung um 63 Prozent auf 3.440 Milliarden Euro.

#### Erhebliche Einkommensunterschiede

Weiters führt der Bericht an: Kleine Einkommen stiegen schwach, hohe Einkommen stark. Im untersten Einkommensdrittel sind die Einkommen in den letzten zehn Jahren nur um insgesamt neun Prozent gestiegen, im obersten Einkommensdrittel dagegen um über 40 Prozent. Nach wie vor erheblich sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen – am geringsten sind sie im öffentlichen Dienst, am höchsten bei Angestellten. Innerhalb Österreichs ist bei den Erwerbseinkommen ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen.

Auch die Vermögenseinkommen haben weiter (auf über 62 Milliarden Euro) zugenommen. Vor allem Zinsen hätten eine stark umverteilende Wirkung nach oben; dort, wo Geld vorhanden ist, vermehrt es sich weiterhin, heißt es in dem Bericht.

Nur mehr 57 Prozent der unselbständigen Beschäftigungen waren zuletzt (2006) "Normalarbeitsplätze", also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Der Anstieg atypischer Beschäftigungen mit geringen Einkommen wird laut Bericht immer stärker spürbar. Die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind ("working poor"), beträgt rund 230.000, was einem Plus von zwölf Prozent gegenüber 2003 entspricht.

#### Talos: Politik ist gefordert

Der Sozial- und Wirtschaftsexperte Prof. Emmerich Talos sah angesichts des aktuellen Berichts die Politik in vielfacher Weise gefordert. Erstens brauche es dringend mehr Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, sagte Talos bei der Präsentation am Montag. Zweitens müsse die derzeitige Schieflage in der Steuerpolitik beseitigt werden. Drittens sei die Einführung sozialer Mindeststandards zur Existenzsicherung ein dringendes Gebot der Stunde. Talos unterstrich in diesem Zusammenhang, die bedarfsorientierte Mindestsicherung müsste dringend eingeführt werden. Da sich Kärnten als einziges Bundesland weiter dagegen sträubt, sei die Politik gut beraten, es eben ohne dieses Bundesland in die Tat umzusetzen. Viertens plädierte Talos für eine grundlegende Reform der Finanzierung des Sozialversicherungswesens. Das derzeitige System stamme in seinen Grundzügen noch aus den 1880er Jahren, so Talos. Er kritisierte, dass die Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung ausschließlich von der Lohnsumme bemessen werden. Das führe dazu, dass hochprofitable Betriebe mit wenigen Beschäftigten kaum Beiträge leisten, während personalintensive Branchen überdurchschnittlich zur Kasse gebeten werden. (OTS0197, 19.1.2009)

## Glocalist Online, 19.1.2009: 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

Heute wurde der 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich präsentiert. Nach wie vor leben in Österreich etwa 1 Million Menschen mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze. Die Volkshilfe plädiert daher einmal mehr für die Mindestsicherung.

Heute präsentierte die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung den 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich.

Unverändert hoch präsentieren sich die Zahlen der armutsgefährdeten Personen. Diese liegen seit 2006 zwischen 12 und 13 %. Bis zu 2 Millionen Menschen haben Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen. Von Armutsgefährdung betroffen sind weiterhin Arbeitslose, Menschen mit prekärer Arbeit oder mit geringen Bildungsabschlüssen, AlleinerzieherInnen, kinderreiche Familien und MigrantInnen. Armut hat negative Folgen vor allem auf die Gesundheit, die Wohnqualität, die Bildung der Kinder, die individuellen Verwirklichungschancen und die soziale Teilhabe.

### Gleichzeitig nimmt der Reichtum zu

Die Zahl von Erwerbstätigen mit hohen und sehr hohen Einkommen hat seit dem ersten Bericht deutlich von 374.500 (um rund 196.030 Personen oder 52%) auf 570.530 Personen zugenommen. Rund 700.000 Menschen (oder 8% der Bevölkerung) leben in Österreich in Haushalten mit hohen Einkommen.

Auch die Zahl der Reichen und Super-Reichen hat weiter zugenommen: in Österreich gibt es mittlerweile mehr als 70.000 Dollar-Millionäre/innen (plus 10.000 bzw. 17 % gegenüber 2003). Ebenso hat die Zahl der Privatstiftungen zugenommen (von 2.500 auf 3.200 = plus 28 % seit dem letzten Bericht). Die Liste der reichsten Österreicher/innen ist nahezu identisch mit jener der bedeutendsten Privatstiftungen.

### Analyse der Einkommensentwicklung - Vollzeitbeschäftigte bald in der Minderheit?

Der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte (insgesamt ca. 125 Mrd. Euro p.a.) am Bruttoinlandsprodukt ist weiter zurückgegangen und hat 2004 erstmals 50 % des Bruttoinlandsproduktes unterschritten. Im untersten Einkommensdrittel sind die Einkommen in den letzten 10 Jahren nur um insgesamt 9% gestiegen, im obersten Einkommensdrittel dagegen um über 40%.

Nur mehr 57% der unselbständigen Beschäftigten waren zuletzt (2006) „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäfte. Der Anstieg atypischer Beschäftigungen mit geringen Einkommen wird immer stärker spürbar. Die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind („working poor“), beträgt rund 230.000 (plus 12% gegenüber 2003).

### Volkshilfe fordert Mindestsicherung

Anlässlich der Präsentation des Berichtes forderte der Politologe Univ. Prof. Dr. Emmerich Tálos zum wiederholten Male die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung: „Ich vermisse hier klare Worte der Politik. Wenn Kärnten nicht



umlenkt, sollten trotzdem mit den anderen Bundesländern Verträge abgeschlossen werden.“

Die Volkshilfe mahnt seit langem die Einführung einer Mindestsicherung für die Schwächsten der Gesellschaft ein. „Es ist für viele Menschen unverständlich, dass für die Banken in kürzester Zeit Milliarden zur Verfügung gestellt werden, die Einführung der Mindestsicherung aber auf sich warten lässt“, so Volkshilfe Präsident Univ.-Prof. Josef Weidenholzer. Neben der Mindestsicherung macht sich die Volkshilfe für eine staatliche solidarische Pflegesicherung stark. „Das Pflegegeld deckt nur einen Teil der Mehrkosten, die durch Pflegebedürftigkeit entstehen. Pflegebedürftigkeit bedeutet in Österreich immer noch ein Armutsrisiko. Oft auch für die pflegenden Angehörigen – in erster Linie Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder aufgeben müssen.“, betont Weidenholzer. Ein Pflegefonds soll nach den Vorstellungen der Volkshilfe das Risiko Pflegebedürftigkeit unabhängig vom Einkommen absichern.

Dringend notwendig ist angesichts der präsentierten Zahlen ein Umdenken in der Steuerpolitik. Denn Geld- und Sachvermögen haben in den letzten vier Jahren um 60% zugenommen, dagegen sind die Steuern auf Vermögen und Vermögenseinkommen nur um 200 Millionen gestiegen, während es bei Steuern auf Einkommen und Einkommensverwendung ein Plus von 7 Milliarden EUR gab. Österreich weist mittlerweile die niedrigste Vermögensbesteuerung in der gesamten OECD aus.

„Bei einer konstanten Anzahl von 1 Million armutsgefährdeten Menschen, bei einer steigenden Anzahl von Menschen, die von ihrem Erwerbseinkommen nicht leben können, bei zu erwartenden höheren Arbeitslosenzahlen in Folge der Finanzkrise, ist ein angemessener Solidarbeitrag der Wohlhabenden der Gesellschaft unabdinglich.“, so Weidenholzer abschließend.

<http://www.glocalist.com/news/kategorie/soziales/titel/2-armuts-und-reichtumsbericht-fuer-oesterreich/>

### Karl Öllinger, 19.1.2009: Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass Sozialsystem nicht vor Armut schützt

"In Österreich gibt es Armut und es gibt ein Sozialsystem, das Menschen in Kurzzeit-Arbeitsverhältnissen, in neuen Beziehungsformen, aber auch Menschen in Niedriglohnbranchen nicht vor Armut schützt", kritisiert der Sozialsprecher der Grünen, Karl Öllinger. Und weiter: "Der heute vorgestellte Armuts- und Reichtumsbericht zeigt die Defizite des Sozialsystems in einem der reichsten Länder der Welt deutlich auf und benennt Probleme wie Wirkung und damit ungeschminkte Realitäten: Sehr wohl geschützt und unterstützt werden Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen."

"Umso wichtiger ist es, hier schnell Schutzmauern gegen Armut zu bauen", fordert Öllinger. "Wenn, wie der Bericht zeigt, nur mehr 57 Prozent aller Beschäftigten ganzjährig in Vollzeitbeschäftigung sind, dann müssen Arbeitslosengeld und

Notstandshilfe gegen Armut abgesichert werden. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Erhöhung der Ersatzrate in der Arbeitslosenversicherung auf den EU-Durchschnitt von 70 Prozent." Österreich hat derzeit mit 55 Prozent die zweitniedrigste Ersatzrate in der EU. Öllinger weist dabei auf die gerade laufende Postkartenaktion der Grünen und die E-Mailaktion auf der Homepage der Grünen zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes hin.

Notwendig sei, meint Öllinger, aber auch eine Grundsicherung, die ihren Namen verdient: "Die Grundsicherung muss sicherstellen, dass die Menschen nicht in Armut dahinvegetieren. Und sie muss Betroffene dabei unterstützen, neue Perspektiven zu entwickeln. Beide Bedingungen erfüllt das Regierungsmodell leider nicht", so Öllinger abschließend.

[http://www.gruene.at/soziales\\_arbeit/artikel/lesen/39820/](http://www.gruene.at/soziales_arbeit/artikel/lesen/39820/)

## AK-Wien Online, 20.1.2009: Armuts- und Reichtumsbericht zeigt Handlungsbedarf

„Der am 19.1.2009 präsentierte 2. Armuts- und Reichtumsberichts zeigt klar und deutlich: die Bekämpfung der sich zuspitzenden sozialen Schieflage in Österreich, gerade in Bezug auf Erwerbseinkommen muss verstärkt werden.“, sagt Christoph Klein, Bereichsleiter für Soziales in der AK Wien.

### 230.000 trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet

Während der Reichtum in Österreich in den letzten Jahren stark zugenommen hat, bleiben immer mehr Menschen trotz Erwerbstätigkeit auf der Strecke. Mittlerweile gibt es 230.000 Personen, die als „working poor“ trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind.

Alarmierend ist auch die hohe Zahl der gefährdeten Haushalte mit Kindern, besonders betroffen davon wiederum alleinerziehende Eltern. 260.000 Kinder leben in armutsgefährdeten Haushalten. „Auch gerade in Zeiten der Krise muss den Menschen zum Beispiel durch entsprechendes Kinderbetreuungsangebot eine Erwerbsarbeit ermöglicht werden, von der sie auch leben können“, fordert Klein.

### Bessere Absicherung!

Weiters sieht sich die AK durch den Bericht in ihren Forderungen hinsichtlich besserer Absicherung von BezieherInnen von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bestätigt. Im Armuts- und Reichtumsbericht wird darauf hingewiesen, dass in beiden Fällen die durchschnittliche Leistung in Österreich unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Die AK erneuert daher ihre Forderung nach Verbesserungen in diesem Bereich, insbesondere nach der Erhöhung der Notstandshilfe, wie im Entwurf der 15a B-VG Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung vorgesehen, inklusive Milderung der Partnereinkommensanrechnung.

<http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=67&IP=45310>

## OTS AUGÉ: "Es braucht mehr Mut zu Umverteilung!"

Utl.: Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen fordern offensive Verteilungspolitik und ein Ende des "Vermögenssteuerparadieses" Österreich.

"Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht zeigt einmal mehr: während Armut sich in Österreich auf hohem Niveau zu verfestigen droht und immer mehr Menschen trotz Arbeit immer größere Probleme haben, ihren Alltag finanziell zu bewältigen, hat sich das Geldvermögen in den letzten zehn Jahren auf 2.155 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Diese dramatische verteilungspolitische Schieflage wird auch noch vom österreichischen Steuersystem gefördert: Österreich ist ein Steuerparadies für die Besitzer hoher Vermögen, damit muss endlich Schluss sein," reagiert Markus Koza, Bundessekretär der AUGÉ/UG - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen auf den gestern präsentierten Armuts- und Reichtumsbericht.

Angesichts des vorliegenden Datenmaterials müssen die Alarmglocken schrillen: "Es gilt nicht nur zu fragen, wie denn Armut verhindert werden kann, sondern auch, wie Reichtum gerechter verteilt werden kann. Angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise müssen nicht nur Sozialsysteme armutsfest gemacht werden, sondern auch die entsprechenden finanziellen Mittel sichergestellt werden: und das geht nun mal nur über eine entsprechende staatliche Umverteilungspolitik, dazu fehlt allerdings bislang der Mut!"

Die AUGÉ/UG fordert daher nicht nur die längst überfällige Umsetzung der finanziellen Grundsicherung, sondern auch massive Investitionen in die soziale Infrastruktur - in Bildung, Ausbildung, Pflege, Gesundheit und Kinderbetreuung: "Der beste Weg der Armutsvermeidung ist immer noch ein eigenständiges Einkommen aus Erwerbsarbeit. Wenn allerdings ein eklatanter Mangel bei Kinderbetreuungsplätzen für Kinder bis zwei bzw. über 6 Jahren herrscht, oder diese finanziell kaum leistbar sind, wird eine eigenständige, existenzsichernde Erwerbsarbeit beinahe verunmöglicht. Raus aus der Armutsfalle heißt daher auch mehr Geld für Kinderkrippen, Kindergärten, ganztägige Kinderbetreuung von schulpflichtigen Kindern und Ganztagschulen. Da sind die von der Regierung gesetzten Maßnahmen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein oder bringen einkommenschwachen Gruppen - oft AlleinerzieherInnen und/oder Teilzeitbeschäftigten - herzlich wenig," so Koza weiter.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Arbeitslosenversicherung: "Hier gilt es, die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung endlich auf ein europäisches und existenzsicherndes Niveau heranzuführen. Vor allem darf die Notstandshilfe - immerhin eine Versicherungsleistung - nicht vom Partnereinkommen abhängig gemacht werden, das führt gerade arbeitslose Frauen direkt in die Abhängigkeits- und Armutsfalle."

### AUGÉ/UG: Steuerreform muss mehr Steuergerechtigkeit bringen!

Im Gegenzug fordern die Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen endlich eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient: "Wir brauchen eine reformierte Erb- und Schenkungssteuer, die große Vermögensübergänge entsprechend besteuert, eine Wiederbelebung der

Börsenumsatzsteuer, ein Ende der Steuerprivilegien für Privatstiftungen und endlich eine angemessene Vermögenszuwachsbesteuerung als erste Schritte raus aus dem Vermögenssteuerparadies hin zu mehr Steuergerechtigkeit in Österreich."

Mehr Steuergerechtigkeit fordert die AUGÉ/UG auch bei der Einkommensbesteuerung: "Es reicht nicht, ständig nur über die wachsende Einkommensschere und astronomisch hohe Managergehälter zu jammern - da ist aktives Handeln gefragt. Einkommen ab 140.000 Euro/Jahr sollen einen Zuschlag von 5 % zum Spitzensteuersatz leisten und die steuerliche Bevorzugung von Stock options gehört abgeschafft. Denn von der geplanten Reform der Einkommenssteuertarife profitieren hohe EinkommensbezieherInnen in absoluten Zahlen ohnehin am meisten. Da ist es nur gut und billig einen entsprechenden Beitrag der einkommensstärksten Gruppen zur Bewältigung von Armut und zur Sicherung der Sozialsysteme zu verlangen," schließt Koza. (OTS0045, 20.1.2009)

### OTS Bundesjugendvertretung: Neueste Zahlen bestätigen Handlungsbedarf in der Arbeitsmarktpolitik

Utl.: Sofortige Maßnahmen für die "Generation Praktikum" gefordert

Die jüngsten präsentierten Zahlen zu Jugendarbeitslosigkeit und Armutsgefährdung sind für die Bundesjugendvertretung (BJV), der Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen Österreichs, alarmierend: Im Dezember 2008 ist die Jugendarbeitslosigkeit um 16,5% gestiegen, für 2009 rechnet das AMS mit einem weiteren Anstieg um 15%. "Der heute von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht ist ein weiterer Handlungsauftrag an die Bundesregierung, Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse zu setzen," mahnt BJV-Vorsitzender Wolfgang Moitzi.

#### Junge Menschen stark armutsgefährdet

Hinsichtlich Armut zählen Jugendliche zu den meist gefährdeten Personengruppen: "Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse tragen immens zur Armutsgefährdung bei," so Moitzi. Gerade junge Menschen müssen sich oft mit ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und Scheinpraktika zufrieden geben. Schon seit Jahren macht die BJV auf die Probleme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse und die Gruppe der so genannten "working poor" aufmerksam. Der aktuell präsentierte Armutsbericht zeigt, dass im Untersuchungszeitraum rund 230.000 Menschen trotz regelmäßiger Erwerbstätigkeit armutsgefährdet waren. "Diese Zahlen sind alarmierend! Die Regierungsverantwortlichen müssen jetzt Maßnahmen am Arbeitsmarkt setzen, um sozialrechtlich abgesicherte und entsprechend bezahlte Jobs für junge Menschen sicherzustellen. Denn working poor und atypische Beschäftigung dürfen nicht zum Zukunftstrend am Arbeitsmarkt werden," appelliert Vorsitzender Moitzi.

(OTS0069, 20.1.2009)

## Bizeps Info Online, 20.1.2009: Königsberger-Ludwig: Armutsfalle Behinderung - Unterstützung für Betroffene

SPÖ-Behindertensprecherin betont die Notwendigkeit sozialer Solidarität

Anlässlich des nun präsentierten 2. Armutsberichts der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung verweist Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Behindertensprecherin, auf die prekäre Situation von Menschen mit Behinderungen.

"Die Gefahr der Armut ist für Menschen mit Behinderungen besonders hoch", so Königsberger-Ludwig, "da zum einen Behinderungen gewöhnlich nichts Vorübergehendes sind und die Erwerbsfähigkeit oft stark einschränken. Zum anderen geht damit meist gleichzeitig ein erhöhter Bedarf an kostspieligen Unterstützungsmaßnahmen, Therapieaufwendungen oder Pflege einher, welche eine starke finanzielle Belastung für die Betroffenen sowie ihrer Angehörigen bedeutet!"

Königsberger-Ludwig betont die Notwendigkeit, soziale Maßnahmen für Betroffene auszubauen. "Die Erhöhung des Pflegegeldes seit Jahresbeginn leistet einen wertvollen Beitrag, die Armutsgefährdung besonders belasteter Menschen zu reduzieren. In diese Richtung muss die Sozialpolitik weiter arbeiten - es gilt, Menschen mit besonderen Bedürfnissen auch besonders zu unterstützen, wie dies auch schon geschieht und weitergeführt werden soll."

So erhalten Familien mit Kindern mit Behinderungen eine erhöhte Familienbeihilfe. "Die finanzielle Unterstützung ist aber nur ein wichtiger Faktor", wie Königsberger-Ludwig betont, "schulische Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit sind wesentlich zur Sicherung des Lebensunterhalts. In Österreich sind 17 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter durch die Beeinträchtigung von Behinderungen armutsgefährdet, das sind 124.000 Menschen, die wir in einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit auch weiterhin nicht unberücksichtigt lassen dürfen!"

"Die Fortsetzung der so erfolgreichen 'Aktion500' des Sozialministeriums, welche bisher schon 2.500 zusätzliche Arbeits- oder Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen brachte, ist daher ein begrüßenswerter Beitrag", so Königsberger-Ludwig abschließen, "die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt auch weiterhin zu forcieren und damit die Gefahr der Armutsfalle erfolgreich zu vermindern!"

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=9414>

## AK Kärnten Online, 20.1.2009: Armuts- und Reichtumsbericht zeigt Handlungsbedarf

„Der am 19.1.2009 präsentierte 2. Armuts- und Reichtumsberichts zeigt klar und deutlich: die Bekämpfung der sich zuspitzenden sozialen Schieflage in Österreich, gerade in Bezug auf Erwerbseinkommen muss verstärkt werden.“, sagt Christoph Klein, Bereichsleiter für Soziales in der AK Wien.

Während der Reichtum in Österreich in den letzten Jahren stark zugenommen hat, bleiben immer mehr Menschen trotz Erwerbstätigkeit auf der Strecke. Mittlerweile gibt es 230.000 Personen, die als „working poor“ trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind.

Alarmierend ist auch die hohe Zahl der gefährdeten Haushalte mit Kindern, besonders betroffen davon wiederum alleinerziehende Eltern. 260.000 Kinder leben in armutsgefährdeten Haushalten. „Auch gerade in Zeiten der Krise muss den Menschen zum Beispiel durch entsprechendes Kinderbetreuungsangebot eine Erwerbsarbeit ermöglicht werden, von der sie auch leben können“, fordert Klein.

Weiters sieht sich die AK durch den Bericht in ihren Forderungen hinsichtlich besserer Absicherung von BezieherInnen von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bestätigt. Im Armuts- und Reichtumsbericht wird darauf hingewiesen, dass in beiden Fällen die durchschnittliche Leistung in Österreich unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Die AK erneuert daher ihre Forderung nach Verbesserungen in diesem Bereich, insbesondere nach der Erhöhung der Notstandshilfe, wie im Entwurf der 15a B-VG Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung vorgesehen, inklusive Milderung der Partnereinkommensanrechnung.

<http://kaernten.arbeiterkammer.at/online/armuts-und-reichtumsbericht-zeigt-handlungsbedarf-45316.html>

## Kathweb Online, 2.2.2009: Michael Landau: "Sozialstaat ist kein Auslaufmodell"

Wiener Caritasdirektor betont bei Diskussion mit Sozialminister Hundstorfer, dass "neben individueller auch strukturelle Solidarität notwendig" ist.

"Der Sozialstaat ist kein Auslaufmodell, sondern ein notwendiger Ausdruck für die Würde des Menschen und ein Stück öffentlicher Reichtum": Das hat der Wiener Caritasdirektor Msgr. Michael Landau bei einer Diskussion mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer in Wien betont. Sichtbare Obdachlosigkeit stelle "nur die Spitze eines Eisberges" dar, so Landau. "Armut ist ein Stück Realität in der Gesellschaft und sie zu bekämpfen ist keine Frage des Könnens, sondern des politischen Willens." Zur Unterstützung der Schwächsten sei neben individueller Solidarität die strukturelle Solidarität durch den Staat notwendig, sagte der Caritasdirektor.

Im Rahmen der Diskussion im Salvatorsaal der Pfarre Mariahilf, bei der neben Landau und Hundstorfer u.a. Martin Schenk von der "Armutskonferenz" und der grüne Sozialsprecher Karl Öllinger über die soziale Lage in Österreich sprachen, forderte Landau erneut eine rasche Einführung der Mindestsicherung sowie Maßnahmen, um allen Menschen einen fairen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege zu ermöglichen. Zudem ist der Caritasdirektor überzeugt, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren von besonderer Bedeutung sein wird.

Sozialminister Hundstorfer betonte, dass die Mindestsicherung, die ab 2010 in allen Bundesländern mit Ausnahme von Kärnten in Kraft treten soll, "ein erster Schritt in die richtige Richtung" sei, "um Armut aktiv zu bekämpfen". Das Arbeitsmarktservice (AMS) werde unter dem Titel "aktive Arbeitsmarktpolitik" eine Milliarde Euro investieren, um neben Jugendlichen und älteren Menschen auch spezielle Gruppen am Arbeitsmarkt, wie Menschen mit einer Behinderung, aktiv zu fördern.

Nicht weit genug gehen die geplanten Regierungsmaßnahmen dem Sprecher der "Armutskonferenz", Martin Schenk. Die Mindestsicherung sei eigentlich eine Reform der Sozialhilfe. Notwendig wären ihm zufolge österreichweite Rechtsansprüche, eine Mindestsicherung in der Arbeitslosenversicherung, Reformen bei Sozialamt und AMS sowie eine Koppelung der Mindestsicherung an soziale Dienstleistungen. "Diese Punkte sind beim jetzigen Modell nur sehr rudimentär oder gar nicht erfüllt", stellte Schenk fest. Außerdem äußerte er Zweifel, ob die geplanten Maßnahmen auch zum Ziel führen werden, weil es etwa keinen kontrollierten Vollzug der Gesetze gäbe. "Recht, Zugang und die Inanspruchnahme müssen ineinandergreifen, sonst wird die Mindestsicherung zum Papiertiger", warnte Schenk.

Der Grüne Karl Öllinger forderte von Sozialminister Hundstorfer u. a. eine Inflationsanpassung der Notstandshilfe. Langzeitarbeitslose Notstandshilfebezieher hätten "seit zehn Jahren keinen Cent mehr bekommen", so Öllinger. Er vermisst außerdem in Österreich eine bereitere Debatte über die bekannten Fakten und Berichte zum Thema "Armut". Armutsstudien seien maximal zwei Tage lang ein Thema in den Medien. "Die Öffentlichkeit nimmt das nicht zur Kenntnis", kritisierte Öllinger.

Anlass für das Gespräch war die Präsentation des zweiten Armuts- und Reichtumsbericht durch die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGGP) in der vergangenen Woche. Demnach sind nach wie vor eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet. Rund 230.000 Menschen gehören zur Gruppe der "working poor", sind also von Armut bedroht, obwohl sie Jobs haben.

Der ÖGGP-Vorsitzende Anderas Höferl wies bei der Debatte darauf hin, dass sich die Umverteilung "von unten nach oben" in den vergangenen Jahren stark beschleunigt habe. Laut Studie beträgt das gesamte Geldvermögen in Österreich 2,1 Billionen Euro. Im Durchschnitt würde das 260.000 Euro für jeden Österreicher ausmachen. "In Österreich lebt aber eine halbe Million Menschen in Österreich in manifester Armut", stellte Höferl fest. Seine Schlussfolgerung: "Die Welt braucht mehr Miteinander statt Gegeneinander, mehr Solidarität und Nächstenliebe."

<http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/23934.html>